



BESCHLUSS

aus der Niederschrift über die 26. Sitzung - Wahlperiode 2014/2020 -
des Rates der Gemeinde Niederkrüchten
vom 30.05.2017

Öffentlicher Teil

4) Änderung der Hauptsatzung

631-2014/2020

Die FDP-Ratsfraktion hat mit Schreiben vom 20. März 2017 beantragt, die Hauptsatzung der Gemeinde Niederkrüchten dahingehend zu ändern, eine Bestimmung aufzunehmen, dass die Vorsitzenden des Schulausschusses, des Sport- und Kulturausschusses, des Rechnungsprüfungsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Fremdenverkehr, Forst und Liegenschaften keine zusätzliche Aufwandsentschädigung gemäß § 46 Nr. 2 GO NRW erhalten.

Bezüglich der weiteren Antragsbegründung wird auf die vorliegende Ablichtung des vorbezeichneten Antrags vom 20. März 2017 verwiesen.

Ab dem 1. Januar 2017 besteht gem. § 46 Nr. 2 GO NRW i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 Entschädigungsverordnung (EntschVO) ein Anspruch aller Ausschussvorsitzenden auf eine 1-fach erhöhte Aufwandsentschädigung. Ausgenommen von dieser Regelung ist durch § 46 Nr. 2 GO NRW der Wahlprüfungsausschuss. Ebenso fallen der Hauptausschuss und der Wahlausschuss nicht unter diese Regelung, da diese qua Gesetz (§ 57 Abs. 3 Satz 1 GO NRW bzw. § 2 Abs. 3 Satz 1 KWahlG) mit dem Hauptverwaltungsbeamten als Vorsitzenden besetzt werden müssen.

Nach § 46 Satz 2 GO NRW kann in der Hauptsatzung festgelegt werden, dass „weitere Ausschüsse“ von dieser Regelung ausgenommen werden. Somit kann die Gemeinde vor Ort entscheiden, ob sie eine Regelung in der Hauptsatzung treffen möchte, um weitere Ausschussvorsitzende von der Regelung über eine einfach erhöhte Aufwands-

entschädigung auszunehmen.

Der Gesetzgeber geht im Normalfall von einem erhöhten Aufwand für die Ausschussvorsitzenden aus und hält die Neueinführung einer einfachen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende für einen wichtigen Baustein zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes. Allerdings kann die Gemeinde vor Ort unter Abwägung des Aufwands des einzelnen Ausschussvorsitzenden, etwa unter Zugrundelegung der Häufigkeit und Länge der Ausschusssitzungen, zu der Erkenntnis kommen, weitere Ausschüsse von der Regelung auszunehmen.

Nach Runderlass des Ministers für Inneres und Kommunales vom 13. Februar 2017 ist es im Regelfall nicht zulässig, pauschal alle Ausschussvorsitzenden von der Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung auszunehmen.

Sofern keine Regelung über die Zahlung der erhöhten Aufwandsentschädigungen für alle Ausschussvorsitzenden in der Hauptsatzung der Gemeinde Niederkrüchten getroffen wird, führt dies zu jährlichen Mehraufwendungen i. H. v. etwa 18.000,00 EUR für den kommunalen Haushalt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23. Mai 2017 mit der Angelegenheit befasst und mit 10 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen den Antrag der FDP- Ratsfraktion auf Änderung der Hauptsatzung abgelehnt.

Ratsmitglied Gotzen erläutert eingehend den Antrag der FDP-Ratsfraktion und sagt, der Rat solle angesichts des Haushaltsdefizits ein Zeichen der Einsparung setzen. Es sei den Bürgern nicht zu vermitteln, dass die Gemeinde sparen müsse, während die Politik nicht zum möglichen Verzicht bereit sei.

Ratsmitglied Coenen sagt, er werde sich der Stimme enthalten, da er in dieser Angelegenheit befangen sei.

Sodann lehnt der Rat mit 19 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen den Antrag der FDP-Ratsfraktion auf Änderung der Hauptsatzung ab.